

## DANIEL ORTEGA HÜLLT SICH IN SCHWEIGEN

Begegnung mit einem dem Untergang geweihten Patriarchen

Dass es in Österreich bereits zum zweiten Mal einen Regierungschef gibt, den der Volksmund als „Schweigekanzler“ bezeichnet, ist nicht sonderlich verwunderlich. Dass sich allerdings im politisch wie klimatisch heißen Nicaragua gerade der Staatspräsident Daniel Ortega inmitten des schwersten Konflikts seit der Revolution vor 40 Jahren in Schweigen hüllt, ist doch einigermaßen verwunderlich. Der Schreiber dieser Zeilen ist diesem eigenartigen Phänomen nachgegangen und fündig geworden: In einem in dessen Residenz im Barrio del Carmen geführten Gespräch, das zweieinhalb Stunden gedauert hat, wurden die Licht- und Schattenseiten eines Mannes deutlich, von dem das Schicksal des Landes abhängt.

Von Leo Gabriel

Dabei handelte es sich nicht um ein klassisches journalistisches Interview, sondern um eine Begegnung, die den Zweck verfolgte, Möglichkeiten eines Dialogs mit den RepräsentantInnen jener Bewegung auszuloten, die am 19. April dieses Jahres erstmals auf die Barrikaden gestiegen sind. Die Bilanz ist ernüchternd.

Es war Mitte Oktober, als die Regenzeit gerade zu Ende ging, aber doch noch nicht aufhören wollte, als im Haus einer Bekannten, die mir Unterschlupf gewährte, das Telefon läutete: „Der Comandante will Sie sprechen. Sie müssen in einer halben Stunde beim Eingang gegenüber dem Fernsehkanal 5 sein, wo ein motorisierter Offizier auf Sie warten wird. Sehen Sie zu, dass Sie allein kommen und dass Sie niemand beobachtet!“

Ich konnte mich des Eindrucks nicht erwehren, die gleichen Worte schon einmal gehört zu haben; nämlich vor fast genau 40 Jahren, als ich über einen Kontaktmann der *Frente Sandinista* versucht hatte herauszufinden, wann die mit Spannung erwartete „Endoffensive“ der FSLN losgehen würde. Der einzige Unterschied bestand darin, dass sich an fast jeder zweiten Straßenecke eine Gruppe von Polizisten befand, die sofort ihr Walkie-Talkie zückten, als sie meinen kleinen Suzuki sahen, der hinter einer Polizeipatrouille durch die Labyrinth-artigen Gassen des Wohnviertels zuckelte.

### Selbstschutz oder Verfolgungswahn?

Als wir dann endlich den leer stehenden Garagenhof des Privathauses von Daniel Ortega erreichten – er hatte es abgelehnt, den Präsidentenpalast zu beziehen,



Daniel Ortega und Leo Gabriel

weil dieser angeblich von bösen Geistern beseelt war –, bat mich der Kommandeur seiner Leibgarde, meinen Wagen umzudrehen, „damit Sie rasch wegfahren können, sollte irgendetwas passieren...“ Ich hatte keine Zeit, darüber nachzudenken, was dieses „etwas“ sein könnte, da kam Daniel auch schon einher gelatscht, um mich zu begrüßen.

„Über Nicaragua werden wir ja noch reden; aber jetzt sag mir, wie du die Lage in Europa einschätzt“, begann er das Gespräch. Ich war nicht unvorbereitet und sagte ihm, dass im Unterschied zu früher die Sozialdemokratie ziemlich abgebaut habe und daher Protestmärsche und Volksversammlungen, aber nicht mehr politische Parteien das einzige Mittel seien, um sich gegen die Übergriffe der extremen Rechten, die vor allem in Mittel- und Osteuro-

pa auf Grund der Flüchtlingswelle starken Zulauf hätten, zu verteidigen.

### Die Rückkehr der Hexer

Daniel griff dieses Thema sofort auf, drehte es aber um, indem er sagte: „Auch hier in Nicaragua hat es vor ca. zwei Jahren eine Offensive der Drogenbosse gegeben, welche die Polizei- und Armeeposten in Jinotega und Matagalpa – bis hin zur Atlantikküste in der Bucht von Sundibay militärisch attackierten. Wie zu Somozas Zeiten waren auch sie mit dem konservativen Flügel der Liberalen Partei im Bunde.“

„Aber das waren doch nicht Protestierer wie der Bauernführer Mairena, den ihr jetzt eingesperrt habt, und die Studentführer, die jetzt alle ins Ausland gegangen sind“, warf ich ein. „Denn die waren ja unbewaffnet.“

„Nein, die haben alle Waffen gehabt“, kam es wie aus der Pistole geschossen zurück.

„Also ich habe außer den *morteros*, diesen selbstgefertigten Platzpatronen, wie es sie auch bei den Festen gibt, keine Waffen gesehen.“

„Die hast du auch nicht sehen können, denn diese haben sie ja erst in der Nacht ausgepackt. Bis zum 30. Mai, dem Muttertag, waren alle Toten, die es gegeben hat, in der Nacht“, echauffierte sich Daniel und fügte unter vorgehaltener Hand hinzu: „Und auch Mairena ist von der rechtsextremen Fraktion der Liberalen Partei.“

Jetzt ging mir ein Licht auf: Anscheinend glaubte Daniel tatsächlich, dass die Bewegung der StudentInnen, die auf den Barrikaden teilweise sogar die gleichen Slogans wie die *Frente Sandinista* vor 40 Jahren verwendet hatten (zum Beispiel *Patria Libre para Vivir* anstelle von *Patria Libre o Morir!*), eine lineare Fortsetzung der aus der Liberalen Partei Somozas hervorgegangenen *Contras* wäre.

### Fehler der Vergangenheit

In diesem Augenblick fasste ich Mut und schaute dem Präsidenten ganz tief in die Augen: „Lieber Daniel, die meisten von uns, die damals den Befreiungskampf der *Frente* unterstützt haben, möchten nicht, dass ihr den gleichen Fehler, den ihr

⇒ von Seite 21: NICARAGUA

# AMLOS EHRGEIZIGE PLÄNE

damals im Jahr 1989 begangen habt, wiederholt. Damals habt ihr auch eure Gegner militärisch besiegt, aber den politischen Kampf bei den Wahlen verloren“, sagte ich.

Kaum hatte ich diesen Satz ausgesprochen, vergingen die Sekunden wie Minuten. Ortega wurde abwechselnd rot und bleich im Gesicht und es breitete sich ein betretenes Schweigen im Raum aus.

Ich spürte, dass jetzt der Moment war, um zur Sache zu kommen. Ich unterbreitete dem Präsidenten ein zweiseitiges Papier mit dem Vorschlag, eine *Asamblea Constituyente* (Verfassungsgebende Versammlung, siehe LAA Nr. 3, S. 23) einzu-berufen, zu der etwa 250 Delegierte aus den unterschiedlichen Sektoren der nicaraguanischen Gesellschaft (StudentInnen, Campesinos, öffentliche Bedienstete, ArbeiterInnen, Indígenas, etc.) unter Aufsicht einer internationalen Kommission von Notablen (wie z.B. dem Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel oder der Menschenrechtsanwältin Piedad Córdoba) gewählt werden sollten. Diese Versammlung, bestehend aus VertreterInnen der oppositionellen wie der regierungsfreundlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen, könnte dann jene Reformen beschließen, die notwendig sind, um den nach acht Monaten noch immer schwelenden Konflikt einer politischen Lösung zuzuführen.

„Lo voy a pensar“ (Ich werde darüber nachdenken), war die nicht unfreundliche Antwort Daniel Ortegas. Allerdings sind seither fast zwei Monate vergangen, ohne dass es irgendwelche Anzeichen gibt, dass er diesem oder einem anderen Format eines Nationalen Dialogs nähertreten würde.

Anstelle dessen werden fast täglich Menschen verhaftet, denen vorgeworfen wird, sich an den Straßenkämpfen aktiv beteiligt zu haben. Die Familienangehörigen der Opfer, deren Zahl je nach Quelle zwischen 250 und 500 schwankt, fordern Gerechtigkeit. Proteste bleiben nach wie vor polizeilich untersagt, obwohl sie ordnungsgemäß angemeldet waren.

Angesichts des Schweigens des Präsidenten bleibt nur mehr die Hoffnung, dass im Neuen Jahr der Druck von außen die Einsicht wachsen lässt, dass zur Wiederversöhnung (*reconciliación*) der Dialog aller am Konflikt Beteiligten nötig ist. ■

M  
E  
X  
I  
K  
O

Als am 1. Dezember an die 100.000 Menschen am Hauptplatz von Mexiko-Stadt den schon während des Wahlkampfes gängigen Spruch: „*Es un honor estar con López Obrador*“ (Es ist eine Ehre, mit López Obrador zu sein) skandierten, war das mehr als eine Geste der Höflichkeit.

Es war der Ausdruck einer tief empfundenen Hoffnung, dass mit der Amtsübernahme des 65jährigen Staatspräsidenten der Jahrzehnte lange Albtraum zu Ende geht, den er bereits bei seiner Antrittsrede im Parlament so zusammengefasst hatte: Korruption, Repression und Straflosigkeit. Ob es ihm allerdings gelingen wird, sein in 100 Punkten gegliedertes ehrgeiziges Programm in die Tat umzusetzen, wird vor allem von seiner Fähigkeit abhängen, die Kommunikation zwischen Regierenden und Regierten aufrecht zu erhalten, die sich an diesem Tag wie selten zuvor gezeigt hat.

In seiner Parlamentsrede zog Andrés Manuel López Obrador (AMLO), der die Wahlen am 1. Juli mit 53 Prozent der Stimmen gewonnen hatte, zunächst eine vernichtende Bilanz über die letzten 36 Jahre neoliberaler Wirtschaftspolitik: „Der zu Zeiten von Ortiz Mena im Jahr 1982 noch relativ ausgeglichene, schulden- und inflationsfreie Staatshaushalt sackte in den letzten Regierungsperioden auf einen Schuldenstand von 1,7 Mrd. USD unter Vicente Fox auf 5,2 Mrd. unter Felipe Calderón bis hin zu 10 Mrd. unter Peña Nieto so sehr ab, dass wir jetzt 800 Millionen jährlich brauchen, um den Schuldendienst zu leisten. Gleichzeitig fiel das Wachstum von 6 auf 2 Prozent und wir mussten die Hälfte unserer Nahrungsmittel (auch Mais und Bohnen) importieren.“

Aus diesem Grund forderte AMLO eine scharfe Trennung zwischen Politik und Wirtschaft und kündigte ein Gesetz an, das Korruption als Kapitalverbrechen ahnden würde, bei gleichzeitiger Abschaffung der Immunität für die Träger öffentlicher Ämter. Weit weniger scharf ging der neue Präsident allerdings mit den Korruptionsfällen der Vergangenheit ins Gericht, über die er zwar schonungslose Aufklärung verlangte, aber keine Rachege-lüste aufkommen lassen wollte, „denn dies

würde zu einer Spaltung der Gesellschaft führen.“

## Gerechtigkeit und Sicherheit

Letzteres trug dem Mandatar im Parlament den Protest von Abgeordneten aus seiner eigenen Partei ein, welche „*justicia – justicia – justicia!*“ schrien, worauf AMLO auf sein Versprechen verwies, den Mord an den 43 Pädagogikstudenten von Ayotzinapa ohne Rücksicht auf Verluste aufzuklären. Das wird insbesondere die mexikanische Armee treffen, der von einer unabhängigen Kommission vorgeworfen wird, an der Ermordung beteiligt gewesen zu sein.

Überhaupt stellt sich das Problem der Sicherheit für eine Bevölkerung, die in den letzten beiden Amtsperioden über 300.000 Tote zu verzeichnen hatte. Der Vorschlag Obradors, die durch und durch korrupte Polizei durch eine Nationalgarde zu ersetzen, die auch von speziell auszubildenden Armee- und Marinesoldaten bestückt werden soll, sorgte bereits im Vorfeld der Amtseinführung für heftige Diskussionen.

## Großprojekte und Demokratie

Am besten kam beim Publikum auf dem Hauptplatz von Mexiko-Stadt die Ankündigung verschiedener Großprojekte an, von denen der *tren Maya*, eine Eisenbahnlinie vom Isthmus von Tehuantepec bis Mérida, und eine 25 km breite Freihandelszone entlang der Grenze von Mexiko zu den USA besonders spektakulär sind. Hingegen wurde der Bau eines neuen Flughafens für die mexikanische Hauptstadt in Texcoco, eines der Lieblingsprojekte der neoliberalen Regierungen von Vicente Fox und Peña Nieto, von AMLO nach der Abhaltung einer sogenannten *consulta* (Volksbefragung) gestoppt.

Überhaupt soll das plebiszitäre Mittel der Volksabstimmung, dessen Einführung eine Verfassungsänderung notwendig machen würde, von der neuen Regierung eingesetzt werden. AMLO hat auch angekündigt, seine eigene Amtsführung (wie in Venezuela unter Hugo Chávez) einem so genannten *referendum revocatorio* zu unterziehen, wodurch er vorzeitig abgewählt werden könnte. Er betonte aber mehrmals, nach dem Ablauf seiner sechsjährigen Amtszeit auf keinen Fall wieder zu kandidieren.

Leo Gabriel